

Familienpackung für NRW – Es darf etwas mehr sein...



Nach zweijähriger, nicht immer einfacher Arbeit unseres Gremiums konnte ich während dieser Plenarwoche den Abschlussbericht der Enquetekommission „Zukunft der Familienpolitik in NRW“ vorstellen.

Mit Abgeordneten aller Fraktionen und den von ihnen benannten fünf Sachverständigen ist ein Paket aus Bestandsaufnahme, Analyse und 169 Handlungsempfehlungen entstanden, das wir für Diskussionen, vor allem aber für Entscheidungen auf Landes-, Bundes- und auch kommunaler Ebene nutzen sollten.

Einige zentrale Ergebnisse in aller Kürze:

- Es gibt nicht *die* Familienpolitik, ebenso wie es *die* Familie nicht gibt. Unsere Bestandsaufnahme ergab ein sehr vielfältiges Bild von Familienleben, Familienformen, rechtlichen Bedingungen, sozialer Lage, Sorgebedarfen usw.
- Wirksame Familienpolitik muss also die Rahmenbedingungen für diese ganz verschiedenen Familien so schaffen, dass ihnen allen ein gelingendes Familienleben möglich ist.

- weiterlesen auf der nächsten Seite -

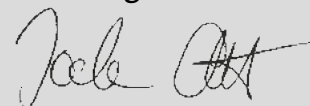
*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,*

in der vergangenen Woche tagte der Landtag NRW in Düsseldorf zum ersten Mal in 2017. Das neue Jahr hielt dabei gleich eine Vielzahl an Themen für die Debatte der Abgeordneten an den drei Plenartagen bereit:

Der Anschlag auf einen Weihnachtsmarkt in Berlin, der Abschlussbericht über die Zukunft der Familienpolitik, über den Enquetekommissionsvorsitzende Ingrid Hack berichtete, die Unterrichtung zum Forschungsstandort NRW oder der Polizeieinsatz in der Silvesternacht 2016 (um nur einige zu nennen).

Gerne berichten wir davon in unserem gemeinsamen Newsletter und wünschen Ihnen und Euch eine gute Lektüre!

Für die Abgeordneten,




Die Kölner SPD-MdL

- Die unterschiedlichen Familienformen werden immer noch rechtlich unterschiedlich betrachtet. Der Familienstand der Erwachsenen, die gemeinsam für Kinder Verantwortung übernehmen, entscheidet nach wie vor darüber, ob sie dadurch steuerliche Entlastung erfahren, und nicht die Tatsache, dass sie sich um Kinder kümmern!
- Bei unterschiedlich hohen Familieneinkommen ist der Anteil für Bildungsausgaben der Kinder und Jugendlichen höchst unterschiedlich: Einkommensschwächere Familien geben einen deutlich höheren Teil ihres zur Verfügung stehenden Geldes dafür aus als einkommensstärkere. In der Kommission sind dazu unterschiedliche Schlussfolgerungen gezogen worden, die bspw. Gebühren für Bildung und bspw. die Kindergrundsicherung betreffen.
- Durchschnittsdaten über Familien bringen nichts. Vor allem für lokales familienpolitisches Handeln muss kleinräumige Betrachtung die Grundlage sein.
- Die Kommission ist sich darüber einig, dass die Arbeitswelt familiengerechter werden muss, und nicht die Familie Arbeitswelt-gerechter. An das Land als Arbeitgeber adressieren wir eine Reihe von Empfehlungen, um hier eine noch größere Vorreiterfunktion zu übernehmen.
- Für Kinder und Jugendliche und ihr gelingendes Aufwachsen ist es entscheidend, welche Ressourcen - materielle, emotionale, gesundheitliche und andere – ihre Familie hat, aber auch, welche Ressourcen das direkte Lebensumfeld der Familie bietet oder nicht bietet. Die Kommission untersuchte eine Reihe von familienunterstützenden Einrichtungen und Strukturen, zudem die Betreuungs- und Bildungseinrichtungen, deren Beschaffenheit von großer Bedeutung für Kinder und Jugendliche, aber auch für deren Eltern ist, um Familie leben zu können.

Bei unterschiedlich hohen Familieneinkommen ist der Anteil für Bildungsausgaben der Kinder und Jugendlichen höchst unterschiedlich: Einkommensschwächere Familien geben einen deutlich höheren Teil ihres zur Verfügung stehenden Geldes dafür aus als einkommensstärkere. In der Kommission sind dazu unterschiedliche Schlussfolgerungen gezogen worden, die bspw. Gebühren für Bildung und bspw. die Kindergrundsicherung betreffen.

Durchschnittsdaten über Familien bringen nichts. Vor allem für lokales familienpolitisches Handeln muss kleinräumige Betrachtung die Grundlage sein.

Die Kommission ist sich darüber einig, dass die Arbeitswelt familiengerechter werden muss, und nicht die Familie Arbeitswelt-gerechter. An das Land als Arbeitgeber adressieren wir eine Reihe von Empfehlungen, um hier eine noch größere Vorreiterfunktion zu übernehmen.

- weiterlesen auf der nächsten Seite -

Für Kinder und Jugendliche und ihr gelingendes Aufwachsen ist es entscheidend, welche Ressourcen - materielle, emotionale, gesundheitliche und andere – ihre Familie hat, aber auch, welche Ressourcen das direkte Lebensumfeld der Familie bietet oder nicht bietet. Die Kommission untersuchte eine Reihe von familienunterstützenden Einrichtungen und Strukturen, zudem die Betreuungs- und Bildungseinrichtungen, deren Beschaffenheit von großer Bedeutung für Kinder und Jugendliche, aber auch für deren Eltern ist, um Familie leben zu können.

Der Bericht ist hier online verfügbar:

Abschlussbericht der Enquetekommission zur „Zukunft der Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen“ (Enquetekommission V)

Gedruckt wird er – wie üblich – für 20 € im Landtag erhältlich sein.

Meine Plenarrede zum Bericht:

Video: Rede von Ingrid Hack (ab Std./Min. 05:08)



Vorsitzende der Enquetekommission
Ingrid Hack Mdl

Gern komme ich in Eure OV oder andere Versammlungen und stelle Euch den Bericht genauer vor.

Eine Möglichkeit zur Information bietet am Montag, 6.2.2017 die Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung „Die FES lädt ein: Zukunft der Familienpolitik“ im VHS-Forum am Neumarkt.

Nordrhein-Westfalen ist exzellent!

Und das gilt nicht nur aber in besonderer Weise für unsere Wissenschaftslandschaft! Denn hier schneiden wir mit unseren zwei Exzellenzhochschulen, zehn Exzellenzclustern und fünf Graduiertenschulen in der bundesweiten Konkurrenz hervorragend ab. Das gilt auch in Sachen Hochschul- und Studierendenzahlen: an den insgesamt 70 NRW-Hochschulen studieren zu Beginn dieses Jahres 760.000 Menschen – mehr als jeder_r vierte Studierende in Deutschland. Ein großer Teil davon, immerhin mehr als 50.000 Menschen, sind eingeschrieben an der größten Präsenzuniversität deutschlandweit: der Albertus-Magnus-Universität zu Köln. Unter anderem dafür wird der Wissenschaftsstandort Köln von 2010 bis 2020 mit rund 2,5 Milliarden Euro profitieren.

Sichere Finanzen für gute Arbeit!

In seiner Neujahrsansprache lobte der Rektor der Universität zu Köln, Prof. Dr. Freimuth - jahrelang unser härtester Kritiker – die Landesregierung ganz ausdrücklich. Denn als einziges Bundesland verstetigt NRW die Hochschulpaktmittel und schafft damit die Voraussetzungen für Festanstellungen seiner wissenschaftlichen Mitarbeiter. Neben den 70 Hochschulen im Land gibt es knapp 60 außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Diese herausragende Forschungslandschaft sorgt für Lösungen und Verbesserungen aller relevanten Lebensbereiche! Forschung und Innovationen sind ein starker Motor für Nordrhein-Westfalen. Es entstehen neue Arbeitsplätze (allein 136.492 Menschen sind derzeit im Dienste der nordrheinwestfälischen Hochschulen tätig), die Attraktivität des Standorts für die Wirtschaft erhöht sich und gesellschaftliche Herausforderungen werden angegangen und gelöst. Geld für Bildung und Forschung ist zudem eine der sinnvollsten Investitionen, die es gibt. Deshalb gibt NRW von allen Flächenländern am meisten Geld für Bildung aus: mehr als 19 Milliarden Euro im Jahr 2015, fast 45% des Landeshaushalts. Jeder in diesem Bereich investierte Euro zahlt sich in den Jahren danach mindestens vierfach aus.

Klare Kante: Das Studium bleibt gebührenfrei!



Schon wieder treibt die CDU eine ganz alte Sau durchs Dorf: Sie spielen wieder mit der Uralt-Idee von Studiengebühren. Dagegen stellt die SPD im Wahlprogramm klar: Mit uns wird es KEINE Studiengebühren geben! Jede und jeder soll unabhängig seines finanziellen Hintergrundes die Möglichkeit zum Studium haben.

Forschung für die Zukunft!

Unsere Hochschulen und die 60 außeruniversitären Forschungseinrichtungen forschen für die Zukunft des Landes, der Gesellschaft und der Wirtschaft. Dafür unterstützt sie das Land mit erheblichen Mitteln. Aber sie werben auch entsprechende Drittmittel ein: NRW belegt Platz eins beim Einwerben von EU-Fördermitteln, rund 550 Millionen Euro sind im Rahmen von Horizon 2020 bisher nach NRW geflossen.

Klar wird: In den vergangenen viereinhalb Jahren haben wir Nordrhein-Westfalen zum zentralen Akteur in der deutschen Wissenschaftslandschaft gemacht. Wir haben die finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingen optimiert und dadurch die Voraussetzung für die großartige Arbeit unserer Universitäten und Forschungseinrichtungen geschaffen. Und wer unser Wahlprogramm liest, stellt fest, auf diesem Weg werden wir weitergehen.

Hier geht's zum Programmentwurf:

DER NRW-PLAN

Entwurf: Unser Programm für 2017-2022

Berliner Anschlag: Opposition fordert Aufklärung, kennt aber schon die Schuldigen

Kein Tag in der ersten Plenarwoche des neuen Jahres ohne innenpolitische Themen.

Den Beginn setzten am Mittwoch (25.01.17) Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und Innenminister Ralf Jäger mit der Unterrichtung des Parlaments zum Anschlag vom 19. Dezember 2016 in Berlin. In Verbindung damit hatte die FDP zusätzlich noch eine Aktuelle Stunde beantragt.

Die Überschrift des Antrags „Mangelnde Einsicht von Innenminister Jäger in eigenes Fehlverhalten verhindert systematische Aufklärung im Fall Amri“, machte schon vor der Debatte deutlich, dass es der Opposition vor allem um Wahlkampf und Skandalisierung geht. Denn ob der Terroranschlag am Berliner Weihnachtsmarkt überhaupt einem Fehlverhalten eines Ministers auf Bundes- oder Länderebene zuzuordnen ist, ist noch längst nicht ausgemacht. Denn so viel steht fest: In insgesamt sieben Sitzungen beschäftigte sich das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ), eine gemeinsame Kooperations- und Kommunikationsplattform von 40 nationalen Behörden aus dem Bereich der Inneren Sicherheit, schon lange vor dem Berliner Anschlag mit dem bundesweit als Gefährder eingestuften Amri. Bis zuletzt im November 2016 bestand bei allen Vertretern der verschiedenen Bundes- und Länder-Sicherheitsbehörden Einvernehmen darüber, dass auch weiterhin kein konkreter Gefährdungssachverhalt zur Person des Tunesiers erkennbar sei.

Im Nachhinein steht fest, dass die Vertreter des BKA, des Bundesamtes für Verfassungsschutz, des Bundesnachrichtendienstes, der Bundespolizei, des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), des Generalbundesanwalts, wie auch die Vertreter der Landeskriminalämter und der Landesverfassungsschutzämter seinerzeit zu einer Fehleinschätzung gekommen sind. Welche Lehren daraus für die Zukunft zu ziehen sind, wird nach einer umfassenden Analyse zu beantworten sein.

Dass sich die Opposition mit einer gewissenhaften Aufklärung zum Fall Amri gar nicht erst aufhält, sondern schon von vornherein vermeintlich Schuldige zu kennen glaubt, beweist eine kurze Chronologie aus den ersten Januarwochen.

Nachdem Innenminister Ralf Jäger zusammen mit Spitzenbeamten seines Hauses am 5. Januar in einer Sondersitzung des Innenausschusses knapp fünf Stunden lang minutiös über den Fall Amri informierte, legte die CDU am 6. Januar einen 65 Fragen umfassenden Katalog vor und forderte deren Beantwortung auf der Sitzung des Innenausschusses am 19. Januar.

Am 11. Januar kündigte Hannelore Kraft in der Landespressekonferenz ihren Vorschlag an, sich über Fraktionsgrenzen hinweg auf eine schnell und unabhängig arbeitende Sonderkommission zu verständigen, die den Fall Amri untersucht.

Noch am selben Tag stimmte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP, Joachim Stamp, Gesprächen über die Einsetzung einer Sonderkommission zu.

Am 15. Januar fordern die FDP-Politiker Stamp und Lindner den Rücktritt von Innenminister Ralf Jäger.

- weiterlesen auf der nächsten Seite -

Am 16. Januar teilen in einer gemeinsamen Presseerklärung Armin Laschet für die CDU und Michele Marsching für die Piratenfraktion unter der Überschrift „Keine weiteren PR-Aktionen“ mit, dass aus Ihrer Sicht Gespräche über den Vorschlag von Hannelore Kraft keinen Sinn machten. Im Fall Amri sei der Landtag der „Ort der Aufklärung.“

Dies alles vor dem 19. Januar, an dem Ralf Jäger wiederum umfassend den umfangreichen Fragenkatalog der CDU in der Sitzung des Innenausschusses beantwortete.

20. Januar: Armin Laschet fordert unter der Überschrift „Ministerpräsidentin muss mit Unterrichtung im Parlament für Aufklärung sorgen“, dass sich Hannelore Kraft „eindeutig und umfassend“ zum Fall Amri äußern solle.

Am 25. Januar unterrichtete schließlich Hannelore Kraft umfassend das Parlament und erklärte dabei wörtlich: „Die Landesregierung hat zudem als erste Regierung in Deutschland zugesagt, dass eine unabhängige Überprüfung zu den Abläufen erfolgen wird – noch vor dem Bund. Ich bedaure, dass es keine Verständigung der Fraktionen im Landtag gegeben hat, eine gemeinsame unabhängige Begutachtung durch den Landtag zu beschließen. Wir werden jetzt als Landesregierung einen Sonderbeauftragten zur Erstellung eines Gutachtens berufen.“ Kraft weiter: „Er wird Zugang zu allen Dokumenten und Akten erhalten, eine angemessene Unterstützung bekommen, und er wird völlig autark arbeiten. Unabhängig davon bietet die Landesregierung dem Bund selbstverständlich an, mit allen eng zu kooperieren, die auf Bundesebene die Abläufe durchleuchten.“

Hannelore Kraft endete mit einem Appell: „Wir sind in der Phase der Analyse. Auch der Bund hat seine Analyse der Geschehnisse noch nicht abgeschlossen. Wer in dieser Phase der Aufarbeitung jetzt schon glaubt, genau zu wissen, wer wo was wann falsch gemacht hat und dafür zur Verantwortung gezogen werden muss, springt zu kurz. Denn der erhöht die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger nicht einen Millimeter. Meine Bitte ist daher: Tragen wir gemeinsam zu einer kompletten, besonnenen Aufarbeitung der Geschehnisse bei! Das muss unser Ziel sein.“

Die Antwort kam noch am selben Tag. Unter anderem mit der Begründung, die Ministerpräsidentin zweifle weiterhin nicht an den Darstellungen ihres Innenministers, beantragte die CDU eine weitere Sondersitzung des Innenausschusses. Ralf Jäger habe sowohl in der Sondersitzung des Innenausschusses am 5. Januar als auch in der Sitzung vom 19. Januar zwar persönlich Statements zum Fall Amri abgegeben, die Beantwortung der konkreten Fragen habe er hingegen den Mitarbeitern seiner Hauses überlassen. Wie gesagt: Wahlkampf.

Andreas Kossiski, der als stellvertretender Vorsitzender des Innenausschusses bei allen Sitzungen zugegen war, fasste zusammen: „Aufgabe muss es jetzt sein, bundesweit die Handlungsabläufe und strukturellen Prozesse im Fall Amri aufzuklären, um erkannte Schwachstellen beseitigen zu können. Der von uns eingebrachte und im Plenum beschlossene Entschließungsantrag weist dafür den richtigen Weg.“

Weiterlesen: **Entschließungsantrag
Drucksache 16/14075**

Dank an alle Einsatzkräfte in der Silvesternacht

Die erste Plenarsitzung im neuen Jahr bot unter anderem die Möglichkeit, sich erstmals als Parlament mit dem gelungenen Silvestereinsatz 2016/2017 zu befassen. Bedauerlicher Weise war es im Vorfeld der Sitzung nicht gelungen, über Fraktionsgrenzen hinweg einen gemeinsamen Antrag der Regierungs- und Oppositionsfraktionen in die Debatte einzubringen, um so einen besonderen Dank des Parlaments an alle Verantwortlichen und alle (Polizei-)Einsatz- und Rettungskräfte auszudrücken, die in der letzten Silvesternacht dafür gesorgt hatten, dass ein friedliches und sicheres Feiern ermöglicht wurde.

So brachten CDU („Dank an die Kölner Polizei und alle Polizistinnen und Polizisten im Silvester-Einsatz!“) und gemeinsam die Fraktionen von SPD und Bündnis90/Die Grünen („Friedlicher Jahreswechsel 2016/2017 – unser Dank gilt den Einsatzkräften“) zwar getrennte Anträge ein, in deren Mittelpunkt jedoch der Dank ausgedrückt wurde.

Peinlich nur, dass mehr als eine Stunde vor dem angesetzten Tagesordnungspunkt bereits eine Pressemitteilung des Kölner CDU-Abgeordneten Christian Möbius veröffentlicht wurde, in der über eine noch gar nicht begonnene Debatte berichtet wurde. Abgesehen davon, dass dies ein schlechter Stil ist, fanden sich auch inhaltlich einige Merkwürdigkeiten. So die fälschliche Behauptung, Grüne und SPD hätten die CDU-Initiative übernommen, wie überhaupt die Grünen ihre Misstrauenskultur gegenüber der Polizei endlich beenden sollten. Hätte Möbius den gemeinsamen Antrag von SPD und Bündnis90/Die Grünen wenigstens gelesen, hätte er feststellen können, dass von Misstrauenskultur keine Rede sein kann. Weshalb sich der CDU-Abgeordnete in der Debatte dann noch mehr mit der Kölner Silvesternacht 2015 statt dem erfolgreichen Silvestereinsatz 2016 befusste, wird sein Geheimnis bleiben. Offensichtlich war dies auch bereits dem Wahlkampfmodus geschuldet.

Weiterlesen:

Antrag - Friedlicher Jahreswechsel 2016/2017 –
unser Dank gilt den Einsatzkräften

Anschauen:

Rede von Andreas Kossiski (ab Std./Min. 06:42)



Andreas Kossiski MdL

Polizei kennt keine No-Go-Areas

Angst, Panikmache, Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger sind seit Jahren beliebtes Stilmittel der CDU in der innenpolitischen Debatte. So konnte es nicht verwundern, dass zum wiederholten Male am vergangenen Freitag (27.01.17) die CDU einen Antrag in das Plenum einbrachte, wonach die Landesregierung endlich entschlossen gegen die Ausbreitung von „No-Go-Areas“ und kriminellen Familieneclans in Nordrhein-Westfalen vorgehen müsse.

Allein auch diese Debatte zeigte wieder einmal, dass CDU und FDP keinerlei Belege für die Existenz so genannter „No-Go-Areas“ vorlegen können, denn es gibt in Nordrhein-Westfalen keine einzige Straße, in die sich Polizei nicht hineintrauen würde. Genau dies aber behauptet die Opposition wider besseren Wissens.

Innenminister Ralf Jäger unternahm zum wiederholten Male den Versuch der Klarstellung. Zitat: „In den USA wird dieser Begriff für Gegenden verwendet, die die Polizei meidet. Solche Gegenden gibt es nicht in Nordrhein-Westfalen, gibt es nicht in Deutschland. Unsere Polizei geht dahin, wo sie gebraucht wird.“ Richtig sei, dass es im subjektiven Empfinden der Menschen Angsträume gäbe, die aber nicht automatisch deckungsgleich mit Kriminalitätsschwerpunkten sind. Dass es solche Viertel gibt, dürfe nicht beschönigt werden, sagte der Innenminister, aber gerade in solchen Vierteln habe die Polizei durch die zusätzliche Präsenz von Einsatzkräften der Bereitschaftspolizei dafür gesorgt, dass dies präventiv wirke. Jäger verwies darauf, dass die rückläufigen Fallzahlen im Bereich der Straßensriminalität zeigen, dass das die richtige Entscheidung war und ist.

Er verdeutlichte auch, dass hier aber nicht nur Polizeipräsenz ein Lösungsansatz ist.

Jäger: „Sas geht nur, wenn wir aktiv in diese Stadtteile hineinwirken, mit allen Akteuren vor Ort zusammenarbeiten und gemeinsam passgenaue Lösungen herausarbeiten, und zwar ganzheitlich. Das umfasst eben nicht nur den Aspekt der Sicherheit, sondern vor allem auch Integration von Zuwanderern und Geflüchteten, Städtebau, Schulpolitik und Sozialpolitik.“

Für die SPD setzte sich Andreas Kossiski vor allem mit den von der CDU vorgelegten Handlungsvorschlägen auseinander, und stellte die Frage, ob die CDU wirklich glaube, sie können den Polizeibeamtinnen und –beamten als Experten für Innere Sicherheit neue Ratschläge zur Kriminalitätsbekämpfung geben.

Das Thema wurde am Ende der Debatte zu weiteren Beratungen dem Innenausschuss überwiesen.

Anschauen: [Rede von Andreas Kossiski \(ab Std./Min. 01:31\)](#)

Pressemitteilung des MBWSV NRW:

27.01.2017 | Günstige Wohnungsbaudarlehen für Einbruchschutz

Das Land hat mit dem Förderjahr 2017 die Finanzierung von baulichen Maßnahmen zum Einbruchschutz verbessert. Die Fördermaßnahmen zum Schutz gegen Einbruch und zur Verbesserung der Sicherheit am und im Gebäude können jetzt als Einzelmaßnahmen sowohl im Rahmen der altengerechten Modernisierung (Reduzierung von Barrieren und Verbesserung der Sicherheit im und am Gebäude) ohne Sozialbindungen als auch im Rahmen der energetischen Modernisierung mit Sozialbindungen gefördert werden.

„Wir wollen es den Einbrechern schwer und den Bewohnern leichter machen. Deshalb schieben wir einen Riegel vor und unterstützen Eigentümer bei der baulichen Verbesserung des Einbruchschutzes“, sagte Bauminister Michael Groschek.

Baulicher Einbruchschutz wird in der Regel durch Austausch von Türen und Fenstern oder durch Verbesserung der Schließmechanik erreicht. Aber auch Türspione oder mit Bewegungsmeldern gekoppelte Beleuchtungen passen in das Vorbeugeprogramm.

Die Programme gelten für ganz NRW. Bei Mietwohnungen können 80 Prozent und bei selbst genutztem Eigentum 85 Prozent der anerkannt förderfähigen Kosten finanziert werden. Pro Wohnung sind Förderdarlehen bis zu 40.000 Euro möglich, jedoch muss das Darlehen mindestens 1.500 Euro betragen. Die Darlehenskonditionen entsprechen den üblichen Konditionen der Wohnraumförderung des Landes (zurzeit 0,5 Prozent Zinsen plus 0,5 Prozent Verwaltungskosten p.a., 2 Prozent Tilgung) und können bis zu 25 Jahre festgeschrieben werden.

Wer Tilgungsnachlässe von bis zu 20 Prozent in Anspruch nehmen will, muss bei selbstgenutztem Wohneigentum die Einkommensgrenzen bzw. im Mietwohnungsbau die Sozialbindungen der Wohnraumförderung einhalten. Die Antragstellung läuft über die jeweiligen kommunalen Wohnungsbauförderungsämter, die Mittel werden von der NRW.BANK verwaltet.

Hier auch online abrufbar:

Pressemitteilung vom Ministerium für Bauen,
Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr NRW



© Margot Kessler / www.pixelio.de

Martin Börschel begrüßt Bürgerverein Thielenbruch im Landtag NRW



Mitglieder des Bürgervereins Thielenbruch zu Besuch im Landtag NRW

Besuch im Landtag: Am vergangenen Donnerstag besuchte eine Abordnung des Bürgervereins Thielenbruch auf Einladung von Martin Börschel den Landtag. Mit von der Partie war auch der Dellbrücker Ratsherr Horst Noack. Die Gruppe besichtigte das Landtagsgebäude und diskutierte anschließend mit Martin Börschel engagiert die aktuellen Themen.



Im Gespräch mit Martin Börschel im SPD-Fraktionssaal

Im Fokus standen sowohl übergeordnete Anliegen wie die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden in Deutschland, die sich dringend verbessern muss, als auch lokale Anliegen. Diese sind allerdings nicht minder dringend, wie die angespannte Verkehrssituation auf der Bergisch Gladbacher Straße.

Die Gruppe zeigte sich sehr angetan vom direkten Austausch und bedankt sich für einen interessanten Aufenthalt im Landtag NRW!

Die Kölner SPD Landtagsabgeordneten - Wer ist zuständig für welche Fragen?

Falls Sie einmal eine weitergehende Frage haben sollten, wenden Sie sich gerne an unsere Abgeordneten persönlich. Bei allgemeinen Fragen wenden Sie sich bitte an das Gemeinschaftsbüro der Landtagsabgeordneten in der Magnusstraße 18b unter 0221- 99 55 99 74 oder per Mail an koelnerspdmdl@landtag.nrw.de.

Martin Börschel:

Verfassungskommission, Haushalts- und Finanzausschuss, stv. Vorsitzender PUA Silvesternacht 2015

Mail: martin.boerschel@landtag.nrw.de

Stephan Gatter:

Sprecher Haushaltskontrolle, Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Hauptausschuss, stv. Mitglied PUA Silvesternacht 2015

Mail: stephan.gatter@landtag.nrw.de

Ingrid Hack:

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend und stv. Vorsitzende des Integrationsausschuss - darüber hinaus ordentliches Mitglied im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss für Bauvorhaben unter Leitung des Bau- und Liegenschaftsbetriebes NRW, Vorsitzende Enquetekommission Zukunft der Familienpolitik in NRW

Mail: ingrid.hack@landtag.nrw.de

Gabriele Hammelrath:

Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung und Ausschuss für Schule und Weiterbildung

Mail: gabriele.hammelrath@landtag.nrw.de

Andreas Kossiski:

Stv. Vorsitzender Innenausschuss und Mitglied des Sportausschusses, Verfassungskommission, SPD-Obmann NSU-Untersuchungsausschuss

Mail: andreas.kossiski@landtag.nrw.de

Jochen Ott:

Stv. Vorsitzender der Fraktion und dort zuständig für den Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr sowie für den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Mail: jochen.ott@landtag.nrw.de

Lisa Steinmann:

Ausschüsse Kultur & Medien, Kommunalpolitik (stellv. Sprecherin) und Hauptausschuss, Vorsitzende der Ehrenamtskommission

Mail: lisa.steinmann@landtag.nrw.de